



die tageszeitung



BARACK OBAMA
100 Tage Präsident:
Bringt er die Wende?
Streit ▶ SONNTAG S. 18

GERHARD POLT
CSU jetzt unter 100
Prozent: Bilanz der Biermösl
Blosn ▶ SONNTAG S. 39



ELFRIEDE JELINEK
Premiere: Krisenkomödie
„Die Kontrakte des
Kaufmanns“ ▶ SONNTAG S. 28, 29



HEUTE IN DER TAZ

KAPITALISMUS: Klaus Werner-Lobo ist Globalisierungskritiker und verlangt mehr Globalisierung ▶ SEITE 4

DIE LINKE: Lafontaine will in den Saarlandtag einziehen, auch wenn er nicht Ministerpräsident wird. Das verspricht Saar-Linksparteichef Rolf Linsler ▶ SEITE 6

MILCH: In Futtertrögen von Molkereien findet sich immer wieder Gensoja ▶ SEITE 10

MIGRANTEN: Einwanderer und Deutsche werden sich immer ähnlicher. Das wollen die deutschen Medien nicht wahrhaben ▶ SEITE 14

VERBOTEN

Guten Tag, meine Damen und Herren.

verboten, Ihre Seite-1-Rubrik und Stimme der Vernunft in einer absurden Welt, wird heute **8 Jahre, 1 Monat und 14 Tage** alt. Das wollten wir feiern. Doch dann der Schock. Wo sind wir hier eigentlich? Erst standen wir oben links auf der Seite. Topp. Dann unten rechts. Na ja. Und wo stehen wir jetzt? **Irgendwo links in der Mitte.** Das ist ja Steinmeier-Niveau. Um das mal klar zu sagen: Dafür wurde **verboten** nicht gegründet. Und, hey, schauen Sie mal nach unten. Unser lebenswichtiger Zusatz fehlt: „verboten darf nicht tagesschau heißen.“ Er wurde brutal ausgelöscht. Weil man angeblich „nicht versteht“, was das soll. Pfff.

Als ob es darum ginge.

TAZ MUSS SEIN

Die tageszeitung wird ermöglicht durch 8.501 GenossInnen, die in die Pressefreiheit investieren. Infos unter geno@taz.de oder tel. 030-25 90 22 13
Aboservice: tel. 030-25 90 25 90 fax (030) 25 90 26 80 abomail@taz.de
Anzeigen: tel. 030-25 90 22 38/-90 fax 030-251 06 94 anzeigen@taz.de
Kleinanzeigen: tel. 030-25 90 22 22
Redaktion: tel. 030-259 02-0 fax 030-251 51 30, briefe@taz.de
taz, die tageszeitung
Postfach 610229, 10923 Berlin
taz im Internet: www.taz.de

Netto: 1.000 unbezahlte Überstunden

AUSBEUTUNG Der Discounter verlangt Überstunden ohne Ende – ohne Bezahlung. „Ein 12-Stunden-Tag ist die Regel. Man ist der letzte Arsch“, sagt ein Mitarbeiter. ▶ SEITE 3



Fotos: Reuters, Essling/Imago, AP, Santiago Engelhardt

Straffreiheit für Bushs Folterknechte

CIA-FOLTER Heftige Proteste gegen die Entscheidung von US-Präsident Barack Obama. Amnesty International: Gesetze gegen Folter machen nur Sinn, wenn man sie auch anwendet

BERLIN taz | Die Folterer des US-Geheimdienstes CIA bleiben unbehelligt. Präsident Barack Obama sicherte ihnen am Donnerstag Straffreiheit zu. CIA-Mitarbeiter, die in Verhören mit Terrorverdächtigen Methoden wie das sogenannte Waterboarding angewandt haben, hätten ihre Aufgaben erfüllt und sich

dabei auf die rechtliche Beratung des Justizministeriums verlassen, sagte Obama in Washington. Menschenrechtler reagierten darauf mit Empörung. Sie fordern eine Bestrafung der Folterer.

Man dürfe so ein Versprechen nicht machen, wenn man noch gar keine Ermittlungen der Vor-

fälle abgeschlossen habe, sagte der Adu-Direktor Anthony Romero. Dokumente bewiesen mit absoluter Sicherheit, dass die Regierung Bush „auf höchster Ebene“ Foltermethoden autorisiert habe. Der Direktor von Amnesty International USA, Larry Cox, sagte, Gesetze gegen Folter hät-

ten nur Bedeutung, wenn sie auch angewendet würden. Patrick Leahy, der Vorsitzende des Justizausschusses im Senat, forderte die Einsetzung einer Untersuchungskommission. Man müsse die Ursprünge dieser „alarmierenden“ Verhörmethoden finden.

▶ ausland SEITE 12

KOMMENTAR VON CHRISTIAN SEMLER

Obama liefert Munition für Folterer

Präsident Barack Obama hat entschieden, Angehörige der CIA, die sich im „Krieg gegen den Terror“ der Folter schuldig gemacht haben, von einer Strafverfolgung freizustellen. Dieser Entschluss ist rechtlich problematisch, vor allem aber politisch verheerend.

Juristisch handelt es sich beim Folterverbot um eine völkerrechtliche Fundamentaltat, die nicht mit Rücksicht auf „nationale Interessen“ suspendiert werden kann. Politisch bedeutet die schützende Hand des Präsidenten, dass der Einsatz für die internationale Geltung der Menschenrechte weiter Schaden erleidet.

Obamas Entscheidung liefert denjenigen Machthabern, die die Geltung der Menschenrechte in ihrem Herrschaftsbereich mit dem Argument ablehnen, die westlichen Demokratien würden bei Menschen-

rechtsverletzungen mit zweierlei Maß messen, neue Munition. Die Folterer selbst verteidigen sich mit dem Hinweis auf Rechtsgutachten des US-Justizministeriums zur Verhörpraxis aus den Jahren 2002–2005. Diese „Memos“ sind gestern von Obama

Obamas Entschluss, den CIA-Folterern Straffreiheit zuzusichern, ist politisch verheerend

vollständig veröffentlicht worden. Sie untermauern die Rechtmäßigkeit „verschärfter Verhöre“ und legen deren Umfang fest. Und sie statuieren, dass der Präsident freie Hand habe, das Folterverbot nach seinem Dafürhalten außer Kraft zu setzen. Obama hat in seiner Erklärung zur Veröffentli-

chung der „Memos“ festgestellt, dass die CIA-Folterer sich auf diese Gutachten verlassen konnten und deshalb im guten Glauben gehandelt hätten. Aber Gottgläubigkeit ist bei offensichtlichen, jedermann/fraus als Folter erscheinenden Verhörmethoden wie dem Waterboarding ausgeschlossen. Weshalb eigentlich nur eine Schlussfolgerung blieb: Nicht nur die CIA-Folterer müssen vor Gericht, sondern auch die Juristen, die sie mit rechtswidrigen Rechtfertigungen versorgten.

In seiner Erklärung verteidigte Obama seinen Entschluss damit, „dass in Zeiten großer Herausforderung und erschreckender Uneinigkeit nichts gewonnen werden kann, wenn wir unsere Zeit und Energie darauf verschwenden, die Vergangenheit zu verurteilen.“ Wie vertraut dieses Argument klingt – und wie wenig es stets genutzt hat.

Aktion gegen Kinderpornos im Internet

BERLIN taz | Der Zugriff auf Internetseiten mit Kinderpornografie soll künftig erschwert werden. Der Bund unterzeichnete am Freitag in Berlin mit fünf großen deutschen Internetanbietern ein Abkommen, nach dem die Provider den Zugang zu den Websites spätestens in sechs Monaten blockieren. Kinderschutzorganisationen begrüßten die Vereinbarung, mahnten aber weitere Maßnahmen gegen das kriminelle Geschäft mit Kinderpornografie an. Dagegen kritisierte der Chaos Computer Club (CCC) den Vertrag und sprach von „Internetzensur“. „Hier wird nur ein Strohhalm aufgebaut. Es geht darum, Akzeptanz für Zensur zu schaffen“, sagte Andreas Bogk vom CCC der taz. Von der Leyen wies Vorwürfe zurück, die Maßnahmen seien wirkungslos. Sie betonte zugleich, das Sperren könne nur ein Baustein im Kampf gegen Kinderpornografie sein.

▶ der tag SEITE 2

Ein Jahr Haft für Internet-Piraten

STOCKHOLM dpa/taz | Vier Betreiber der Onlinetauschbörse The Pirate Bay müssen wegen Beihilfe zur Urheberrechtsverletzung für jeweils ein Jahr ins Gefängnis. Dieses Urteil erging gestern in Stockholm. Außerdem haben die vier Schweden umgerechnet 2,7 Millionen Euro Schadenersatz zu zahlen – an Musik- und Filmunternehmen wie Warner Bros., Sony, EMI und Columbia Pictures. Die Verteidigung will das Urteil anfechten. Über Pirate Bay konnten Nutzer bisher kostenlos nach Raubkopien von Filmen, Musik und Computerprogrammen suchen, das Material dann untereinander tauschen und herunterladen.

▶ ausland SEITE 13
meinung und diskussion SEITE 14

Lehman-Opfer ruft Karlsruhe an

BERLIN taz | Die 68-jährige Münchenerin Hannelore Sporberg hat Verfassungsbeschwerde gegen den Ausschluss von Privatpersonen aus dem Finanzmarktstabilisierungsgesetz eingereicht. Es sei „verfassungswidrig“, wenn der Gesetzgeber „uferlose Rettungsmaßnahmen zugunsten der Institute“ ergreife und gleichermaßen betroffene Kleinanleger übergehe. Die ehemalige Zahnarztangestellte hatte 40.000 Euro mit Zertifikaten der insolventen US-Bank Lehman Brothers verloren.

▶ wirtschaft und umwelt SEITE 9
meinung und diskussion SEITE 14

